

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Koch'schen Buchdruckerei (Gebäude D. Str.) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 29.

Freitag, den 5. Februar 1926.

84. Jahrgang.

**Bezugspreis:**  
Halbjährlich in Neuenbürg 70 Goldpf. Durch die Post in Ost- u. Oberamtsbezirk, sowie im Ausland, bei Verh. 80 Goldpf. m. Postgebühren. Preis einer Nummer 10 Goldpf.  
In Fällen d.ß. Gewalt betriebl. kein Anspruch auf Wiederherstellung ab. auf Wiederherstellung des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen u. Buchhändlerinnen jederzeit entgegen.  
Preis-Nr. 24  
C. Koch'sche Buchdruckerei

**Anzeigenpreis:**  
Die eins. Zeile oder deren Raum im Blatt 20, mehrer. 25 Goldpf., Rekl.-Zeile 30 Goldpf. m. Post- u. Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%. Zuschlag. Offerte und Aufkaufverteilung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens hinsichtlich nicht, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Bestimmungen außer Kraft.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Für telefonische Aufträge wird besonderer Bescheid übernommen.

**Stuttgart, 3. Febr.** Die Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen haben eine Verordnung über die Werbemaßnahmen erlassen. Danach sind die Gemeinden ab 1. Okt. verpflichtet, eine Werbemaßnahme zu erlassen bei der Bekämpfung von Grundstücken, deren Besitzer das Eigentum an den Grundstücken, deren Veräußerer das Eigentum an Grundstücken in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. Dezember 1924 erworben haben. In den übrigen Fällen sind die Gemeinden auch weiterhin berechtigt, eine Werbemaßnahme zu erlassen. Der Verordnung, die am 1. Oktober 1925 in Kraft getreten ist, ist eine Musterung beigefügt.

**Der Geschäftsbericht der Reichspost.**  
Die Reichspost gibt jetzt ihren Geschäftsbericht für den Dezember vorigen Jahres heraus. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der angelieferten Briefsendungen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von 34 Prozent aufwies. Der Postanlassungs-, Postauftrags- und Postnachnahmeverkehr ist gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die Gesamtsahl der Durchschriften im Fernbriefverkehr betrug im Dezember 2.531.344 gegen 2.019.498 im November, der Fernbriefverkehr mit dem Ausland zeigt gegenüber November einen Rückgang von 19 Prozent, die Zahl der Teilnehmer am Unterhaltungsverkehr hat die erste Million überschritten. Der Postanlassungs- und Briefverkehr betrug im Dezember 1.631 Millionen an Aufträgen, d. h. eine Mehrzahl von rund 18 Millionen. Die Einnahmen sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben, es wurde nicht einmal der Stand vom Dezember 1925 erreicht. Der Grund hierfür ist die allgemeine Wirtschaftskrise. Die Finanz- und Wirtschaftslage der Reichspost ist zur Zeit außerordentlich gespannt. Ob es möglich sein wird, durch schärfste Beschränkung der Ausgaben einen Selbsttrag am Schluß des Wirtschaftsjahres zu vermeiden, muß abgewartet werden.

**Wahrscheinliche Änderungen in der Frankfurter-Kasse.**  
Paris, 4. Febr. Der französische Kriminalbeamte Dematt ist in der letzten Woche in Deutschland gewesen, um Erhebungen in der Sache der Frankfurter-Fälschung anzustellen, die sich auf den Ursprung des Papiers und der Maschinen bezogen. Dematt ist wieder in Budapest eingetroffen und eine der französischen Gesandtschaft nachfolgende Personenteil teil im „Budapester Tagblatt“ mit, daß angeblich in Köln die Fälscher in einem europäischen Staaten verbreiteten Banknotenfälscherbande wäre. In einer Fälscher bei Köln würden die Notendruckmaschinen und das Banknotenpapier hergestellt. Diese angebliche Fälscher sei mit dem Banknotenpapier sämtlicher Staaten der Welt ausgestattet und beliebere die verschiedenen Fälscherbanden. Die Fälscher solle demnach verhaftet liegen, daß es bisher noch nicht gelungen sei, sie aufzufinden. Sie existieren nur in der Person der französischen Kriminalbeamten. In französischen Kreisen sieht man es für ausgeschlossen an, daß das Papier aus den skandinavischen Staaten nach Ungarn gebracht worden sei. Die Teilnahme deutscher Fälscher hält man jedoch für ziemlich sicher. Natürlich die Fälscher müssen irgendwo dabei sein! Der Pariser Korrespondent der „Reichs-Zeitung“ will nach noch von gut unterrichteter Seite gehört haben, die französische Regierung hätte einige wichtige Dokumente in der Hand, welche die angebliche Fälscherfabrik als angeblicher Fälscher erscheinen lassen, als bisher bekannt war. Aus den Dokumenten soll besonders die enge Zusammenarbeit zwischen ungarischen und deutschen Fälscherkreisen hervorgehen. Die Fälscher käufen, diesen Zeugnisse zufolge, von Budapest nach Berlin und München. Als Verbindungsmann zwischen den deutschen und ungarischen Fälscherkreisen soll Gombos fungieren. Das der französischen Regierung vorliegende Material würde auch Angehörige der deutschen Fälscherkreise auf das Schwere kompromittieren. Das Beweismaterial sei „absolut erdrückend“.

**Deutschnationale Angriffe gegen Hindenburg.**  
Berlin, 4. Febr. Ueber einen Angriff aus den Kreisen der „Volksgemeinschaft“ gegen Hindenburg wird der „Völkische Zeitung“ unter anderem berichtet: In einer Versammlung, die am 21. Januar im Bundeshaus-Geleise tagte, nahm der Reichstag, ein Graf Brockdorff, der auch als Geschäftsführer der „Deutschen Volksgemeinschaft“ fungiert, zum Reichspräsidenten von Hindenburg Stellung. Er meinte, bei aller Verehrung und Hochachtung des Feldmarschalls hätten die „nationalen Kreise“ ein Recht darauf, an der augenblicklichen Geschäftsführung Kritik zu üben. Viel mehr müsse Hindenburg verlangt werden, daß er einen Mann, wie den Staatssekretär Reihner, den politischen Berater des „gewesenen Herrn Ober“, weiter als politischen Berater fungieren lasse. In der nachfolgenden Diskussion werden nach diesem Bericht dann noch lebhaftere Töne angeschlagen. Ein Redner erzählte unter anderem, die Wahl Hindenburgs hätte im Ausland allgemein Kopfschütteln erregt. Es wäre die tödlich sentimentale, kurzfristige Wahl des deutschen Kleinbürgers. Nachdem Hindenburg, von den Reichsvertretern getragen, die Wahl angenommen habe, habe er jetzt einen seinen Wählern entgegengebrachten Kurs. Für den sei in dem Hauptstadte der Reichspost Dr. Luther verantwortlich zu machen. Hindenburg habe schon im Jahre 1917 eine gewisse Unentschiedenheit gezeigt, als von den Reichsvertretern die Abdankung Reichsmann-Dollwoig gefordert wurde. Damals sei der verlorbene Kampf in Hindenburg geblieben, um ihn zu bewegen, Stellung gegen Reichsmann-Dollwoig zu nehmen und diesen zum Rücktritt zu bringen. Als Kanzlerlandrat seien dem Feldmarschall damals der alte Graf von der Goltz, General Goltz, Admiral Tirpitz, Bülow und schließlich Kayser selbst bezeichnet worden, was für den politischen Schicksal dieser Kaiserreichs einen geradezu kläglichem Beweis liefere. Hindenburg selbst sei der Entscheidung ausgenutzt mit dem Hinweis, daß die Verurteilung auf den Kurs der Reichsmann-

Regierung Einfluß gewonnen habe und mit ihm zufrieden sei. Als Gewährsmann für diese Mitteilung bezeichnet der Redner den Oberst Bauer, der mit seinem Ehrenwort für die Wahrheit dieser Darstellung eingetreten sei. Ueber Hindenburg als „nationalen Dolch“ könne, so hatte der Redner in seiner Rede gesagt, kein Wort mehr verloren werden. Ein Mann, der 1918 an der Spitze eines vier Millionen-Heeres stand, bei welchem neun Hebel als durchaus zuverlässig anzusprechen gewesen wären und der trotzdem nicht die Initiative hätte finden können, derartigen Dingen ein Ende zu bereiten, könne ebensowenig eine nationale Hoffnung sein, wie ein deutscher Generalfeldmarschall, welcher vor seiner Wahl zum Reichspräsidenten, also als unabhängiger Bürger, einen französischen Offizier empfangen und ihm ein längeres Interview gewährt habe.

**Frankreichs fallendes Spiel am Rhein.**  
Paris, 3. Febr. Der sozialistische Abgeordnete Uhr erinnert in der „Frei Presse“ an die verschiedenen Versuche der Franzosen, Separationsbewegungen in den Rheinländern zu stiften. Gleichzeitig mit der Befehlung hätten der General Goyard in Bannau und der General Mangin in Mainz davon geträumt, keine selbständige Republik zu schaffen. Clemenceau sah ein, daß ihn dies lächerlich machte und berief sie ab. General Deguette und der Oberkommandant Tirard versuchten finanzielle und literarische Propaganda und redeten dem Lord d'Orsay vor, wie hart die Stimmung in den Rheinländern sei, daß dem Reich abzugeben. Demnach nahm diese Behauptungen ernst und ließ die Dörfer, Mäntel und Smocks vor. Mit dem Einkauf sei es zu danken, daß mit der separationsistischen Bewegung Schluß gemacht wurde, sonst wäre Lothringen unmöglich geworden. Uhr erinnert daran, daß mit dem Beibehalten der französischen Truppen die Separation die Nationalen erfüllten, wobei ihnen die französischen Tanks zur Seite standen. Er erklärt schließlich, daß nur, wenn Frankreich ein ehrliches Spiel treibe, es fähig sein könne, die ganze Welt für sich zu haben.

**In Erwartung des Aufnahmegefühls.**  
Paris, 4. Febr. Der Bericht des Anwaltigen Ausschusses des Reichstages über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird von der Pariser Presse allgemein als Zeichen für eine Klärung der politischen Lage und für das Ueberwiegen der lotharingerfreundlichen Kräfte in Deutschland begrüßt. Das „Journal“ glaubt zu wissen, daß Deutschland sich nicht damit begnügen werde, ein einseitiges Aufnahmegefühls noch Gen zu rufen, sondern daß gleichzeitig ein längeres Kommentar zu dem Locarnovertrag übergeben werden würde, worin in der Hauptsache die deutschen Forderungen nach Veränderung des Besatzungsregimes niedergelegt würden. Die Reichsregierung würde betonen, daß wegen des verspäteten Eintritts der in Locarno versprochenen Maßnahmen das deutsche Aufnahmegefühls nicht früher habe gestellt werden können. Der „Zeitungsbericht“ merkt, daß die ersten deutschen Vertreter im Völkerbund der Reichsaussenminister Dr. Stresemann und der Reichschef in Paris, v. Dösch, sein werden. Im übrigen bemerkt sich heute eine Reihe von Blättern, Frankreich von dem Verdachte rein zu waschen, daß es die internationale Abrüstungs-konferenz verschleppen oder gar unmöglich machen wolle. Besonders bemerkenswert ist ein Artikel von Sauerwein im „Matin“, der in erster Linie an die Adresse Amerikas gerichtet ist.

**Eine Krise im italienischen Faschismus.**  
London, 4. Febr. Wie der „Star“ berichtet, ist zwischen Mussolini und seinem Hauptmitarbeiter Farinacci ein scharfer Gegenstand entstanden, der die faschistische Partei in Italien zu Sprengung droht. Farinacci ist der Generalsekretär der Partei und Führer der extremen Richtung. Aus privater Quelle wird aus Italien berichtet, daß seine Entlassung vom Posten des Generalsekretariats demnächst bevorstehe und daß dieser Schritt auf eine Ausmerzung der radikalen Faschisten hinausläufe.

**Amerika über Deutschlands Währungsfrage.**  
Washington, 3. Febr. Die der Regierung nachfolgende „Washington Post“ erklärt in einem Leitartikel zu der Verlobung der Währungsfrage, daß die „europäischen Nationen“ weder jetzt noch in der Zukunft in einer Einigung in dieser Frage gelangen werden. Der Hauptgrund ist Frankreich, das augenblicklich zwei Kriege, nämlich in Syrien und Marokko, führt, die beide ausgeprägte Eroberungskriege sind. Es ist daher nicht anzunehmen, daß Frankreich in der nahen Zukunft einer Währungsreform zustimmen wird. Wenn Frankreich für diesen Währungsreform die deutsche Gefahr als Entschuldigungsgrund angibt, so kann das nur die Ueberzeugung verstärken, daß Frankreich seine wahren Pläne verbirgt, denn Deutschland ist in größerem Maße abgerichtet, als irgend eine andere europäische Nation.

**Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.**  
Neuenbürg, 3. Febr. Den Postanteil von Karl Maywald an der Turnstraße erwarb Malermeister Fohmann um 4800 M. Der Aufschlag liegt noch aus. — Bei der heutigen erstmaligen Versteigerung des Bobn- und Geschäftsbauwes von Malermeister Kraus an der Bahnhofstraße mit Scheuer und Gemüsegarten am Dintzen Berg wird Höchstbietender mit 10.800 M. Sattlermeister Bismmer. Es findet eine zweite Versteigerung statt.  
Neuenbürg, 4. Febr. (Schon die Palmzäpfchen.) Niemand wird etwas dagegen haben, wenn jemand, der die ganze Woche nicht ins Kreis kommt, am Sonntag ein paar Zweige mit dem nimmt. Mit tiefem Bedauern sieht aber der Naturfreund, daß

schon wieder manche Weidenblüten durch Abreißen der Palmzäpfchen aufs schändlichste zugerichtet sind. Soweit bekannt, sind die Weiden unter geistlichen Schutz gestellt und es ist verdienstvoll, wenn von Amts- und Schulstufen aus das Richtige getan wird. Die Palmzäpfchen sind aber nicht nur ein beliebiger Frühlingsschmuck, sondern sie bieten auch den Bienen den für die Ernährung der Brut unentbehrlichen Nektar. Die Weiden sind also für die Entfaltung der Bienenwelt höchst wichtig. Es wird gewöhnlich wenig gewürdigt, welchen Nutzen die Bienen der Landwirtschaft und Gärtnerei durch die Befruchtung der Obstbäume, Beerensträucher usw. gewähren. Viele Bienen, viel Frühlingsschmuck, darum reißt keine Weidenblüten ab!

(Wetterbericht.) Ausläufer der westlichen Depression wirken bis nach Süddeutschland herein. Unter ihrem Einfluß ist für Samstag und Sonntag zeitweise bedecktes, aber nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

**Schönbürg, 4. Febr.** Der Geflügelzüchterverein Schönbürg veranstaltet am kommenden Samstag und Sonntag den 6. und 7. Febr. im Löwenaal eine Geflügel-ausstellung, um sich prüfen zu lassen und zu zeigen, was im letzten Jahre in stiller Arbeit geleistet wurde. Bei der vor kurzem erfolgten Bekanntgabe des Ergebnisses der Wettbewerbung wurde besonders bemerkt, daß bei dem Geflügel eine bedeutende Zunahme zu verzeichnen ist. Wenn ist diese Zunahme zu danken? Doch in allererster Linie den Geflügelzüchtereinern, denn nur durch ihre und rastlose Arbeit ihrer Mitglieder konnte diese Zunahme erreicht werden. Leider findet diese stillwirkende Arbeit der Züchtervereinigungen nicht immer das nötige Verständnis und die Bevölkerung würdigt noch viel zu wenig die Geflügelzucht und Eierzeugung. Um nun alle Schichten der Bevölkerung für die Geflügelzucht zu interessieren und gleichzeitig auch die Mitglieder zu neuem Fleiß anzu-spornen, hat der Geflügelzüchterverein Schönbürg diese Ausstellung veranstaltet. Ein sehr reichhaltiges, vorzügliches Material wird dem besuchenden Publikum Gelegenheit geben, sich über die Taubenrasen und Hühnerarten zu orientieren, aber auch die Taubenfreunde werden auf ihre Rechnung kommen, da auch hier viele und erstklassige Tiere gezeigt werden. Besondere Anziehungskraft dürfte auch unsere sich im Betrieb befindliche Brutmaschine mit frisch ausgeschlüpften Küken und unser sehr reichhaltiger, mit wertvollen Gegenständen ausgestatteter Ehren-gasttempel ausüben. Möge es daher niemandem der näheren und weitem Umgebung veräumen, die Ausstellung zu besuchen. (Näheres siehe Inserat.)

**Württemberg.**  
Stuttgart, 3. Febr. (Weinmarkt.) Der Württ. Weinmarkt Stuttgart, ein eingetragener Verein, der im August v. J. zu dem Zweck gegründet wurde, den Verkauf von württembergischen Erzeugnissen zu fördern, und in dem der württ. Weinbauverein die Führung hat — auch die Stadtverwaltung Stuttgart ist dabei beteiligt —, wird am 21. März d. J. im Kur-pal in Cannstatt seine erste Weinverkostung abhalten. Zum Verkauf gelangen nämlich nur unverfälschte württembergische Erzeugnisse. Die Weinzeuger haben hier Gelegenheit, ihre verlässlichen Rot- und Weißweine der letzten Jahrgänge abzugeben, müssen sich aber vorher bei der Geschäftsstelle des Vereins (Stadt, Marktamt Stuttgart) anmelden.  
Stuttgart, 4. Febr. (10 Jahre Richterhaus.) Das Schwurgericht hat den 20. Jahre alten Dienstknecht Emil Scholz von Köhlberg, Oß. Kreis, wegen dreier Verbrechen der Brandstiftung in Köhlberg, Neuffen und Seelzingen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Stuttgart, 4. Febr. (Das Beleid der württ. Regierung.) Von zehnjähriger Seite wird mitgeteilt: Der württembergische Staatspräsident hat aus Anlaß des Ablebens des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Freiherr v. Weisfäher dessen Hinterbliebenen namens der württembergischen Regierung die herzlichste Teilnahme ausgedrückt.  
Stuttgart, 4. Febr. (Vortragstag der Württ. Landwirtschaftskammer.) Im Rahmen der landwirtschaftlichen Woche veranstaltet die Württ. Landwirtschaftskammer am Montag, den 8. Februar 1926, im großen Saal des Olym-palastes in Stuttgart einen eintägigen landwirtschaftlichen Vortragstag. Es werden sprechen Dr. Sagawne-Berlin über Kreditnot und Betriebsführung, Dr. Schindler-Berlin über Produktion und Preisbildung in der Landwirtschaft, die Lehren einer Amerikaner, Nachmittags wird der Schulzucht- und Dörsenbau in der Landwirtschaftskammer vorgeführt.  
Stuttgart, 4. Febr. (Zu der Nordlat.) In der Platte in dem Hause des Schuhmachers Barthmann ist mitsamt dem, daß die Staatsanwaltschaft Heilbronn den Körper des Getöteten hat sezieren lassen. Es ergab sich, daß der tödliche Schnitt auf der rechten Seite sich befindet und in verdächtiger Weise von oben nach unten verläuft. Der Tod wird ungefähr 8-10 Minuten nach der Tat eingetreten sein. Auf-fallend ist auch, daß die Kleider des Getöteten, trotzdem er ent-fleudet im Bett gefunden wurde, fast mit Blut bespritzt waren, ebenso seine Schuhe. Es ist möglich, daß durch das Fingerabdruckverfahren Licht in die dunkle Angelegenheit kommen wird. Der verhaftete Bruder wurde in das Untersuchungs-gefängnis nach Heilbronn überführt. Bis jetzt hat er kein Geständnis abgelegt, sondern im Gegenteil bestritten, daß er der Täter sei.

Oberlingen, Oß. Leonberg, 4. Febr. (Wahnsinnstöt.) Ober-bergen gegen 9 Uhr wurde die Einwohnerschaft in nicht geringen Schrecken versetzt. In und vor dem Hause des Fabrik-arbeiters Karl Schweizer in der Christophstraße bot sich ein grünenhafter Individ. Wölkchen, Händerfäulen und son-derliches Hausgeräusch aufgeführt auf der Straße. Schiffe frochen und höllische Klänge durchschwirren die Luft. Es

Mitteilungen aus dem Enztal  
Zustimmung  
Bürgermeister  
Kaufmann  
Turn-Verband  
Kirchenrat  
Sängerinnen  
Lobn...



Handel und Verkehr.

Stuttgart, 4. Febr. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 7 Ochsen, 8 Bullen, 50 Jungkälber, 56 Jungschweine, 17 Kühe, 250 Kälber, 495 Schweine; alles verkauft. Edes aus je ein Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1, 43-44 (letzter Markt 42-44), 2. 39-40 (aus), Bullen 1, 42-45 (42-44), 2. 38 bis 41 (aus), Jungkälber 1, 45-50 (45-49), 2. 39-43 (aus), 3. 30-37 (aus), Kühe 1, 28-30 (28-36), 2. 16-20 (aus), 3. 12 bis 15 (aus), Kälber 1, 70-75 (68-71), 2. 63-68 (60-66), 3. 54-60 (50-58), Schweine 1, 65-69 (aus), 2. 32-36 (aus), Schweine 1, 77 bis 79 (77-78), 2. 77-78 (76-78), 3. 75-77 (73-75), Sauen 55 bis 68 (aus) Markt. Marktwert: Köpfe beliebt.

Stuttgart, 4. Febr. Landesproduktionsberichte. Bei kleinem Getreideertrag der Getreidemacht in sämtlich seiner Haltung. Die Preise sind unverändert: Haselnußmehl (ab Manufaktur) 33-34, Weizen, winter 22.50-23.50, Sommergerste 18.50-21.50, Roggen 17.50-18, Hafer 16.50-18.50, Weizenmehl 42.50-43.50, Brotmehl 34.50-35.50, Mele 9.75-10, Weizenheu 6.25-7.25, Kleber 7.25 bis 8.25, braunrotes Stroh 4-4.50 Mark per 100 Kilo.

Stuttgart, 4. Febr. (Schlachthofmarkt). Aufgetrieben waren 79 Tiere, und zwar: 6 Ochsen, 3 Kühe, ein Rind, 5 Ferkel, 106 Kälber, 58 Schweine. Marktwert: langsame, Lederhand 3 Stück, Schweinefleisch für ein Hund Lebendgewicht: Für Großschaff wie folgt: Kälber 65-72, Schweine 80-83.

Zu Preise gelten für nächsten gewogene Tiere und Schlachten sämtliche Speise des Handels als Saal für Fracht, Markt- und Verkaufssteuern, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Verkaufspreis erheben.

Neuere Nachrichten.

Kürnberg, 4. Febr. Gegen den nationalsozialistischen Stadtrat hat in Nürnberg, der im Zuge des Besatzungsregimes aufgetreten ist, ein Ermittlungsverfahren wegen Verleumdung eröffnet worden. Nach dem 4. Febr. Orsten kam es in früherer Vergangenheit zu zwei Mordopfern und zwei Polizeioberwachungsbeamten in Berlin in Verlaufe eines Wortwechsels zu einer Kauferei, wobei ein Beamter an dem Schenke eine Pistole mehrmals auf den Kopf schlug, wobei der Schuttschloß zerbrach und der Getroffene, ein 21-jähriger Mann von hier, bewußtlos zusammenbrach. Der Beschuldigte stand zu Kürnberg. Die Polizeibeamten wurden dem Gericht vorgeführt und ihre Entlassung in die Wege geleitet.

Berlin, 4. Febr. Vor dem Schöffengericht Spandau hatten sich die Eigentümer der Siemens-Schuckertwerke wegen umfangreicher Beschädigungen von Material zu verantworten. Der Firma ist durch Beschädigung großer Mengen von Kupferdraht ein Schaden von 100000 Mark entstanden. Das Gericht erkannte für diese auf eine Summe von acht Monaten Gefängnis. Die anderen Angeklagten erhielten geringere Strafen, bezw. Geldstrafen.

Berlin, 4. Febr. Der durch die Fernmordangelegenheit bekannt gewordene ehemalige Angehörige der Schwarzen Reichsmehr, Goebel, ist im Verlaufe schwer belastenden Materials gegen den festgesetzten Oberstaatsanwalt von Senden sein soll. In heute der Nachmittags des Tag" zufolge wegen Erpressungsversuches festgenommen worden. Er hatte den Beteiligten Sendens belastendes Material gegen Senden für 200 Mark verkaufen wollen.

Berlin, 4. Febr. Vor dem Eingang zum Bahnhof Stealou-Kammerstraße wurden heute nachmittags 12 deutschsprachige Arbeiter von Kürnberg von etwa 100 kommunistischen Arbeitern, die größtenteils in derselben Firma beschäftigt sind, überfallen und mißhandelt. Der Beamte Paul Heineke wurde schwer verletzt. Beim Eintreffen der Polizei haben die Täter, der Grund zu dem Überfall dürfte in Meinungsverschiedenheiten über Lohnforderungen zu suchen sein.

Berlin, 4. Febr. Wie die Blätter erzählen, hat die Staatsanwaltschaft 3 in Berlin ein Verfahren gegen den deutsch-schweizerischen Landtagsabgeordneten Walle eingeleitet. Das Verfahren steht im Zusammenhang mit den Anklagen im Grüne-Exzels-Verfahren und lautet auf Abhaltung zum Mord, Beihilfe und Begünstigung. Die Ermittlungen werden von der politischen Polizei geführt. - Dem "Vorwärts" zufolge hat die Stadtverwaltung die in Berlin mehrere Betriebsänderungen vorgenommen. Die frühere Belegschaft von 4000 Mann ist auf etwa 1000 Mann herabgemindert worden.

In der Sache des Reichstagsabgeordneten Frelbers von Kürnberg, den ein Mandat niedergelegt hat, tritt der Staatsanwaltschaft Dr. Walter Schaeffer-Schneidmühl (Duis.) in den Reichstag ein. - In der Meldung über die Begründung des Urteils im Fernmordprozess ist ein Fehler unterlaufen. Auslegung der Strafe und Bewährungsfrist bis zum 28. Februar 1929 wurde dem Angeklagten Schaeffer bewilligt, nicht, wie ursprünglich gemeldet, dem Angeklagten Benz, der zum Tode verurteilt wurde. - In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ergab die Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten, den Königspalast in Prag der Republik umzusetzen, 122 Stimmen für und 81 Stimmen gegen den Antrag. Die Entscheidung, ob die Umbenennung erfolgt, liegt nunmehr beim Reichstag. Der kommunistische Antrag, den Königspalast in Prag der Republik zu benennen, wurde abgelehnt. - Im Reichstag wurde gestern gegen die Stimmen Württembergs und Bayers ein Arbeitsgesetz angenommen.

Frankfurt, 4. Febr. Die Mitteldeutsche Zeitung meldet aus Jochen: In einem 50 Kilometer-Streckenbereich erhielten Kammernungsstellen.

Berlin, 4. Febr. Die sozialistische Kammerfraktion brachte einen Antrag ein, der für Frauen das aktive und passive Wahlrecht bei den Gemeindef- und Bezirkswahlen, sowie bei Parlamentswahlen haben. Der Antrag soll bei der bevorstehenden Beratung der Wahlkammern erörtert werden.

Berlin, 4. Febr. Der französische Hohe Kommissar in Syrien hat dem französischen Militär einen Brief erhalten, in dem der Wunsch nach baldiger Eröffnung der Friedensverhandlungen ausgesprochen wird. Kommissar de Jouvenot hat darauf geantwortet, er sei sehr zu Bedauern, daß die Waffen die Waffen niederlegen, zu Verhandlungen bereit.

Konstanz, 4. Febr. Der Dampfer "Mandfester Producent", der am 25. Januar Dillingen verlassen hatte und nach Konstanz bestimmt war, ist durch Brand der Andrewes feuersoll geworden. Der Kapitän des deutschen Dampfers "Hannover", der den Schiffsrückführer zu Hilfe rief, teilte mit, daß er versuchen werde, das beschädigte Schiff nach dem Hafen zu schleppen.

Konstanz, 4. Febr. Die spanischen Flieger unter Führung des Major Franco sind gestern nachmittags um 5.30 Uhr von Konstanz kommend hier eingetroffen.

Stuttgart, 4. Febr. Die Schule der deutschen Kolonie in Tokio im Bezirk Oosaki ist heute nicht niedergebrannt. Bericht wurde nicht, jedoch ist der Sachschaden beträchtlich.

Stuttgart, 4. Febr. Heute nachmittags wurde die Beilage des letzten Königlich württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrich von Weizsäcker im Krematorium des Bragfriedhofes eingeeäschert. Der Sarg war in der Kabine des Krematoriums eingeschweißt und mit einer erdrückenden Fülle von Blumen und Kränzen bedeckt, darunter solcher der früheren Königin und des Generalschweradmirals Herzog Albrecht von Württemberg. Eine zahlreiche Trauerverammlung erwies dem Entschlafenen die letzte Ehre. Unter den Trauergästen befanden sich neben den Familienangehörigen Erzherzog Graf von Stattenberg als Vertreter des kaiserlichen Hauses, von der württembergischen Regierung Justizminister Beberle und Finanzminister Dr. Lehmann, der frühere Königlich württembergische Universitätsrektor Dr. Müller, sowie Oberbürgermeister D. Kautenschlager, Universitäts-

Präsident Dr. v. Kämelin, Kirchenpräsident Dr. von Weizsäcker, Reichsbahndirektionspräsident Dr. Zigel, Staatspräsident a. D. Dr. von Bieber, Staatsrat von, Präsident von Bälz, Generalsekretär der alten Armee und als Vertreter der Reichswehr Oberkommandant Oberstleutnant Fischer, sowie zahlreiche hohe Beamte aus allen Ministerien. Prälat Hoffmann gedachte in einer ersten Trauerrede der Verdienste des Verstorbenen. Seinem Geistesreichtum konnte sich niemand entziehen. Seine feingebildete Geistesüberlegenheit konnte gerade in ersten Stunden in schärfsten Humor sich gelassen. Der tiefe Ernst entging dabei nur tauben Ohren. Seinem König, mit dem er, fünf Jahre jünger, denselben Geburtstag feierte, wie er ihm jetzt noch fünf Jahren nachgefolgt ist, war er nicht nur der treueste Diener, sondern in aller Evidenz ein verständigster Freund von hohem Staatsmännlichen Gaben, doch in schlichtem Krobinn des Verlehrs. Der Vater und der Lehrer, die Weiler der schwebischen Kultur, das war die Grundüberzeugung des edelsten schwedischen Kulturmänners. Mit seiner Kräfte verband ihn ritterliche Liebe, mit ihren Dingen ein verzehrendes, achtungsvolles Wohlwollen, mit erstem Streben nach Frieden zwischen den Völkern, mit Stolz. Der Schule suchte er eine neue Bahn zu brechen. Er hatte die Freunde, in glücklichen Friedensjahren Kräfte und Schule blühen zu sehen. Als Ministerpräsident war er, Staatsmann mehr noch als zuvor, zur Mitwirkung an den Geschicken des Reiches berufen. Manches segensreiche Vorhaben der Vereinfachung der Beamtenfürsorge, der Verkehrsvereinfachung ist auf ihn zurückzuführen. Im Kriege fanden die Leiter der Einzelstaaten mit gebundenen Händen im gewaltsamen Geschehen. Er folgte seinem König in der Unterwerfung und zu seinem Grotte. Er konnte nicht und flante nicht an. Als seine Lebenskraft verlagte, hat ein rascher Tod ihn hinweggenommen. Daraus folgten die üblichen Gebete. Nach dem letzten Willen des Entschlafenen wurden keine weiteren Nachrufe gesprochen. Choräle umrahmten die schlichte und eindrucksvolle Feier.

Eine schmerzliche Bluttat. Kürnberg, 4. Febr. Auf dem Gute Klein-Vogelbusch im benachbarten Dörfel schlug heute früh der seit einem Jahre auf dem Gute beschäftigte 20-jährige Knecht Tiesenthal in Anwesenheit des Landwirts Wellmit dessen Frau mit einer Hacke auf den Kopf, jedoch sie bewußtlos zusammenschlug. Darauf ermordete er die vierjährige Tochter, deren Leiche in dem Wasserbassin im Keller aufgefunden wurde. Nach den 13-jährigen Sohn verlor er durch Schläge auf den Kopf schwer. Die lebensgefährlich verletzte Frau wurde ins Krankenhaus übergeführt. Der Mörder flüchtete nach der Tat, deren Beweggründe noch unbekannt sind.

Zu der Bluttat ist noch zu melden: Der Täter hat sich abends der Polizei freiwillig gestellt. Er gab die Tat in allen Einzelheiten zu, weiß aber keinen ausreichenden Grund für sie anzugeben. Er habe mit der Frau einen Wortwechsel darüber gehabt, daß er unnötig elektrisches Licht verbrennt habe. Darüber sei er in Zorn geraten und habe auf die Frau eingeschlagen, die sich im Stall zum Melken niedergelegt hatte. Der Täter zeigte bei seiner Vernehmung große Reue. Es wird ihm im allgemeinen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Wie im einzelnen noch bekannt wird, bog sich der Täter nach der Tat in das erste Stockwerk des Hauses, wo er sich mit Kleidungsstücken des Vaters und seines ältesten Sohnes verließ. Inzwischen hatte der verletzte Knabe, den der Täter für tot hielt, Hilfe herbeigeholt. Als diese erschien, entließ der Täter. Die Frau Wellmit ist noch nicht vernehmungsfähig, auch ist noch nicht festgestellt, ob ihre Verletzungen lebensgefährlich sind.

Deutscher Reichstag. Berlin, 4. Febr. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des vom Rechtsausschuss eingebrachten Zwergengesetz, durch das alle Auseinandersetzungsprozesse mit Fiskusbürgern bis zur reichsgerichtlichen Regelung der Abfindungsfrage angehängt werden sollen. Dieses Gesetz soll am 30. Juni d. J. wieder außer Kraft treten. Ohne Debatte wurde es in zweiter und dritter Beratung in der Ausschussfassung, die vom Abg. Dr. Pfleger (B. Vp.) begründet wurde, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Sozialisten mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Mehrheit angenommen. Es folgte die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Militärgerichts- und militärgerichtliche Verfahren. Die Abgeordneten Dr. Rosenfeld (Soz.) und Dr. Korsch (Komm.) lehnten die Vorlage ab. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde sie hierauf in zweiter und dritter Beratung unverändert angenommen. Annahme fand ferner in namentlicher Abstimmung eine Zentrumsentwässerung, in der um einen Gesetzesentwurf erlucht wird, wonach für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen die Herausforderung zum Duellkampfs oder die Annahme der Herausforderung als Entlassungsgrund gelten soll. Nächste Sitzung Freitag nachmittags 2 Uhr. Anträge auf Änderung der Tagesordnung.

Berlin, 4. Febr. Der Reichstag hat heute in zweiter und dritter Beratung des Gesetzesentwurfes über die Militärgerichte und militärgerichtliche Verfahren angenommen.

Entscheidung des Auswärtigen Ausschusses. Berlin, 4. Febr. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags wurde unter Vorsitz des Abg. Derat (Dn.) zunächst die Frage des Luftverkehrs behandelt. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entscheidung mit allen gegen eine Stimme angenommen: "Der Auswärtige Ausschuss hat die Mitteilungen des Herrn Reichsverkehrsministers zur Kenntnis genommen und spricht den Wunsch aus, daß bei den Pariser Verhandlungen die weit über die Bestimmungen der Versailler Vertrags hinausgehenden Beschränkungen der deutschen Luftfahrt beseitigt werden. Die Kunst der geographischen Lage ebenso wie die für uns sprechenden Bestimmungen des Völkerrechts geben uns die Möglichkeit, sowohl für die wirtschaftliche als auch für die politische und wissenschaftliche Luftfahrt volle Freiheit zu verlangen. Der Auswärtige Ausschuss erlucht die Regierung, die Verhandlungen in diesem Sinne zu führen." Es folgte eine umfangreiche Diskussion über das Wiederbeibringen und die damit zusammenhängenden Schiedsgerichtsverträge, wobei es jedoch zu Beschlüssen des Ausschusses nicht kam.

Entscheidender Kabinettsrat erst Montag. Berlin, 4. Febr. Die Ministerpräsidenten der Länder sind auf kommenden Sonntag nach Berlin geladen worden zu der angekündigten Erörterung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dann wird erst die neue Kabinettsfassung stattfinden. Vor Montag ist also nicht mit dem Beschluß der Reichsregierung zu rechnen. Die "Deutsche Zeitung" hatte dem Reichstag vorgeworfen, daß er die verbindliche Befehle, den Reichstag nach vor dem endgültigen Beschluß zu hören, nicht imgegeben habe. Demgegenüber wird an wachgebender Stelle darauf hingewiesen, daß die Regierung wohl den Wunsch gehabt habe, dem Reichstag noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, daß aber ihre Bitte, die deutsch-nationale Interpellation über diese Angelegenheit bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes zu beschreiben, im Laufe selbst keine Mehrheit gefunden habe. Es läge also nicht an ihr, wenn eine unzulässliche Befragung im Plenum unterblieben wäre.

Der Tarifkonflikt bei der Reichsbahn. Berlin, 4. Febr. Heute vormittags fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft erneut Verhand-

lungen statt in denen die Reichsbahn ohne Anerkennung des Schiedspruch erklärte, die Erhöhung der Löhne in demjenigen Orient erhöhen zu wollen, wo die Besätze der Eisenbahnarbeiter unter denen der vergleichbaren Industriegruppen liegen. Da die Tariforganisationen der Eisenbahner auf dem Standpunkt stehen, daß der Schiedspruch die Grundlage für die Verhandlungen bilden müßte, wird die Hauptverwaltung der Reichsbahn gegebenenfalls von sich aus freiwillig die Erhöhungsschlüsse in einigen Orten heraussuchen. Heute nachmittags werden sich die Tarifgewerkschaften über die gegen die Deutsche Reichsbahngesellschaft anzustrebende Bestimmungslage auf Ersetzung des Schiedspruchs schlichtung machen. Die Klage wird wahrscheinlich erst am Freitag oder Samstag formuliert und dem Landgericht Berlin zugestellt werden.

Die Steuerzahlungen der Odenzollern. Berlin, 4. Febr. Im Rechtsausschuss des Reichstags erklärte ein Ministerialdirektor vom Reichsfinanzministerium zu einer früheren Anfrage des Abg. Rosenfeld (Soz.) zu einem Stellungnahme über die Steuerzahlung der Odenzollern, ob die Odenzollernische Hofkammer bisher die Steuer bezahlt habe, die Hofkammer habe die Auskunft erteilt, daß sie zum erhemal 1922 eine Steueranforderung erhalten habe. Für 1922 ließe die Steuerzahlung wegen der Beschlagnahmeauswechslung noch aus. Für 1923 werden voraussichtlich 30000 Goldmark nachzahlen sein. Für 1923 seien zu verschiedenen Terminen 2000 Millionen Papiermark, für 1924 670 116 Goldmark, für 1925 20000 Goldmark an Reichssteuern gezahlt. Für 1926/27 sei nach der zweiten Steueranforderung eine Veranlagung und Zahlung nicht erforderlich. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bemerkt dazu, daraus gebe hervor, daß bis 1922 keine Steuern bezahlt worden seien. Vorstehender Abg. Dr. Kohl (D. Vp.) weist darauf hin, daß der demokratische Gesetzesentwurf mit Rücksicht auf den Kompromißantrag zurückgezogen sei. Dr. Rosenfeld bemerkt zu dem Kompromißantrag, daß der Antrag die Sozialdemokratie sehr enttäuscht habe. Die Partei werde an diesem Gesetz mitarbeiten und es zu verbessern suchen; eine befriedigende Lösung könne aber nur der sozialdemokratische Antrag auf entschädigungslose Entlassung bringen.

Zur Fernmordangelegenheit. Berlin, 4. Febr. Der Verbrechler des im Fernmordprozess zum Tode verurteilten Feldwebels Stein, Rechtsanwalt Kettowitsch veröffentlicht in der "B. Z." unter Hinweis auf die gefassten Auslassungen der Ehefrau des Stein eine längere Erklärung, in der es u. a. heißt, Frau Stein habe ihn erlucht, zu beantragen, daß sie unter allen Umständen als Jungfrau vernommen werden sollte. Er habe sich diesem Antrag mit seinem Klienten Stein Rücksprache genommen. Dieser habe ihm jedoch erklärt, daß er unter keinen Umständen die Vernehmung seiner Frau wolle. Trotzdem habe er, um seine Pflicht als Verteidiger zu erfüllen, den offiziellen Antrag einer Jungfrauenvernehmung der Frau Stein gestellt. Sie sei dann auch als Jungfrau vernommen worden. Ueber ihre Aussage zu sprechen, verbiete die allen Beteiligten auferlegte Schweigepflicht. Rechtsanwalt Kettowitsch stellt dann ein Mißverständnis richtig, indem er betont, er habe sowohl zu seinem Klienten als auch der Ehefrau Stein gesagt, daß es ihm ganz gleichgültig sei, wer belastet würde, daß er nur das Interesse seines Klienten vertritt und sich mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf die Verleumdung der anderen Angeklagten für ihn einsetzen würde. Feldwebel Stein habe ihm übrigens bis zum Schluß sein tiefstes Vertrauen ausgedrückt.

Ein Gespräch mit Dr. Seipel. Ein Mitarbeiter der "Germania" hatte mit Dr. Seipel eine Unterredung, in der Dr. Seipel über das Verhältnis der österreichischen Christlich-Sozialen zum deutschen Zentrum erklärte, daß er gegen die Absichten sei, eine Internationale der katholischen Parteien zu schaffen. Er könne sich die Politik und die politische Partei nicht vom Staat getrennt denken. Ueber die Frage des Anschlusses äußerte sich Dr. Seipel dahin, daß er verwundert sei, seine Reize nach Berlin als eine Anschlußdemonstration gedeutet zu werden. Alle Freunde einer wirklichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich sollten möglichst wenig Aufsehen machen, wenn irgend ein Schritt erfolge, der einer innerlichen Annäherung förderlich sei. Demonstrationen sollte er für keine gute Politik.

Völkerverständigung erst Mitte März. Genf, 4. Febr. Der Völkerverständigung wird Ende nächster Woche nach Eingang des deutschen Aufnahmegesuches, wahrscheinlich in Paris, möglicherweise aber auch in Genf, zu einer kurzen Sitzung zusammenzutreten, um über die Einberufung der Völkerverständigung zur Aufnahme Deutschlands Beschluß zu fassen. Da in dieser Sitzung aber auch die Anträge Spaniens, Brasiliens und Boliviens auf Anerkennung ständiger Ratsplätze vorgebracht werden dürften, die längere Verhandlung unvermeidlich machen werden, so ist es noch keineswegs sicher, ob der Rat die sechste Völkerverständigung gleichzeitig mit der 28. Tagung des Rates, die am 8. März beginnt, wird einberufen können. Es wird vielmehr mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Völkerverständigung erst Mitte März stattfinden. Auf die Anerkennung eines ständigen Ratsplatzes haben Spanien und Brasilien ernsthafte Aussicht. Der polnische Anspruch dürfte dagegen kaum verwirklicht werden. Dagegen treten gewisse Völkerverständigung für eine Kompromißlösung ein, derzufolge Polen für die nächsten zwei Jahre ein nichtständiger Ratsplatz gewährt würde.

Ungewißheit über die Abrüstungskonferenz. Genf, 4. Febr. Die Verabredung der Sitzung der Abrüstungskommission ist nunmehr beschlossen, nachdem jetzt auch die letzte noch fehlende Regierung, die Mitglied des Rates ist, die belgische, ihr Einverständnis mit der Verabredung erklärt hat. Die Alliierten sind in einen Meinungsaustrausch darüber eingetreten, ob die vorbereitende Abrüstungskonferenz in einem anderen Lande als in der Schweiz stattfinden soll, weil infolge der hier unzulässig empfundenen Dornröschenhaftigkeit des Schweizer Bundesrates eine Einigung zwischen Moskau und Bern als fast aussichtslos angesehen wird.

Verfälschung der Lage im Finnischen Meerbusen. Reval, 4. Febr. Infolge des mit Windstärke 11 wachsenden Sturmes am Ostern lehte sich das Eis des Finnischen Meerbusens westwärts in Bewegung. Die Eisdröber sind infolgedessen aufstehende, gegen die Ungunst der Verhältnisse angestrichen. In diesem amtlichen Kreise hat man die größten Besorgnisse für das Schicksal der im Eis eingeschlossenen Dampfer. Die gegenwärtigen Bedingungen für die Schifffahrt im Finnischen Meerbusen sind die ungünstigsten, deren man sich überhaupt erinnern kann.

Schwerer Schneesturm in Amerika. New York, 4. Febr. Seit gestern abend toht an der ganzen atlantischen Küste Amerikas von Georgien bis Maine ein schwerer orkanartiger Schneesturm, der auch heute den ganzen Tag andauert, ohne an Gewalt nachzulassen. In New York fielen drei Personen dem Sturm zum Opfer. In der Stadt New York liegen sechs Zoll Schnee, im oberen Teil des Staates New York zwölf Zoll und in den östlichen Vorbergen des Washington-Gebirges 20-25 Zoll. Der Eisenbahn- und der Schifffahrtverkehr erleiden schwere Störungen und Verzögerungen. Viele Schiffe sind ertrunken.

Weigel  
rzhelm

benfalls der  
obt mit 24

ner drücken  
leien An

berheirat,  
mann. Sold  
arte 20  
Brrl Ka  
essalen un  
r- und m  
in biblisch  
aus Rant  
zweifelnd

nen Hilt  
affen muß  
einen Ho

et ein Mi  
von von  
schicht dor  
ne Kamm  
Gell. Ich  
ange Leben  
ausgenem  
habe."

sonate fr  
folgt.)

